

Beschluss (vorläufig)

Who cares? We do! - Pflege, Care und Daseinsvorsorge - während und nach Corona

Gremium: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 10.05.2020

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Pflege, Care und Daseinsvorsorge – in und nach der Coronakrise

Antragstext

1 Pfleger*innen, Erzieher*innen, Hebammen, Menschen, die in Care-Berufen arbeiten, sind das
2 Rückgrat unserer Gesellschaft. Wir vertrauen ihnen unsere Kinder oder Eltern an und
3 verlassen uns selbst auf sie, wenn wir in Notlagen geraten. Gerade während der Corona-Krise
4 zeigt sich noch deutlicher als zuvor, wie grundlegend ihre Arbeit für unsere Gesundheit,
5 unser Zusammenleben und die Krisenfestigkeit unserer Gesellschaft ist.

6 Es sind mehrheitlich Frauen, die gerade in den systemrelevanten Berufen arbeiten. Allein in
7 der Pflege machen sie 80% der Beschäftigten aus. Ihre Verantwortung ist groß, doch ihre
8 Löhne und ihre Arbeitsbedingungen sind meistens schlecht. Besonders hart trifft es viele
9 Frauen, die aus osteuropäischen Ländern kommen und in Deutschland unter schlechtesten
10 Bedingungen als Pflegehelferinnen ausgebeutet werden. Überlastung, Zeitdruck und schlechte
11 Bezahlung, sind im Care-Berufen im Allgemeinen und im Pflegebereich im Besonderen schon
12 lange an der Tagesordnung. Das ist kein Zufall. Denn viel zu oft wird es immer noch als
13 selbstverständlich vorausgesetzt, dass Frauen sich, unbezahlt im Privaten oder unterbezahlt
14 in Care-Berufen, kümmern. Die Corona-Krise deckt ungerechte Geschlechterverhältnisse mit
15 neuer Wucht auf. Und sie zeigt, wie sehr wir uns als gesamte Gesellschaft schaden, wenn wir
16 die Arbeit von Frauen nicht anerkennen.

17 Das wird auch immer mehr Menschen bewusst. Die Wertschätzung gerade gegenüber Beschäftigten
18 im Gesundheitsbereich ist so groß, wie selten zuvor. Doch dabei dürfen wir nicht stehen
19 bleiben. Denn von Dankbarkeit kann man keine Miete zahlen. Und auch in der Krise werden
20 Pfleger*innen noch nicht ausreichend unterstützt. Denn trotz vieler warmer Worte bleiben zum
21 Beispiel Lohnzuschüsse auf Bundesebene bisher aus, während zugleich die Personaluntergrenzen
22 aufgehoben und der 12-Stunden-Tag eingeführt wurde. Der Schutz und die Unterstützung von
23 Pfleger*innen muss jetzt gewährleistet werden.

24 Deshalb fordern wir:

- 25 • Pflegekräfte in Krankenhäusern, stationären Pflegeeinrichtungen und von ambulanten
26 Pflegediensten müssen ausreichend mit Schutzausrüstung ausgestattet werden. Außerdem
27 ist das Pflegepersonal, ebenso wie das übrige Personal im Gesundheitswesen mit
28 direktem Patientenkontakt, bei der Testung auf Covid-19 prioritär zu behandeln.
- 29 • Eine bundesweite Prämie in Höhe von 1500 € sowie einen Entschädigungsfonds für
30 Pfleger*innen und andere hochbelastete Berufsgruppen in Pflegeeinrichtungen, der
31 ambulanten Pflege sowie in Krankenhäusern, die während der Krise Unfassbares leiten
32 und teilweise sogar ihre Gesundheit riskieren.

- 33 • Das Personal in den Intensivstationen muss schnell aufgestockt werden. Dafür müssen
34 auch Menschen, die eine Ausbildung in der Pflege haben, aber mittlerweile in anderen
35 Berufen arbeiten, die Möglichkeit bekommen, für den Zeitraum der Krise in ihre alten
36 Berufe zurück zu kehren. Dafür soll auf Landes- oder Kommunalebene eine zentrale
37 Koordinierung eingerichtet werden.

38 Doch wir müssen auch über die Krise hinaus denken. In der Pflege halten Überlastung und
39 Ausbeutung nicht erst durch Corona Einzug. Die Corona-Krise wirft die Frage nach dem Wert
40 von Arbeit neu auf. Systemrelevante Berufe sind vor allem eins - unterbezahlt. Nach der
41 Krise dürfen wir nicht zu einer Normalität zurückkehren, die selbst bereits ein
42 Ausnahmezustand war. Und wir müssen die Finanzierung unseres Gesundheitswesens auf sichere
43 Füße stellen, denn ein Gesundheitssystem, das auf Kante genäht ist, statt sich an
44 menschlichen Bedürfnissen zu orientieren, können und sollten wir uns als Gesellschaft nicht
45 leisten. Unsere Dankbarkeit für den hohen Einsatz während dieser Krise geht mit dem
46 Versprechen einher: Wir werden das nicht vergessen und bessere Löhne und gute
47 Arbeitsbedingungen in systemrelevanten Berufen zur politischen Priorität machen.

48 Deshalb fordern wir:

- 49 • Mehr Personal: Keine unterbesetzten Schichten mehr! Wir brauchen gut finanzierte
50 Sofortprogramme für stationäre und ambulante Alten- sowie Krankenhauspflege zur
51 Finanzierung einer notwendigen Stellenaufstockung. Um mehr Fachkräfte zu gewinnen,
52 soll ein Weiterbildungsgeld eingeführt werden, das 200 Euro höher ist als das
53 individuelle Arbeitslosengeld.
- 54 • Bessere Arbeitsbedingungen: Mehr Personal und ein Ende des Pflegenotstands wird es
55 aber nur mit besseren Arbeitsbedingungen geben. Durch verbindliche Pflegeschlüssel
56 verhindern wir Überlastung und schaffen genug Zeit für die Arbeit.
- 57 • Besserer Bezahlung: Bessere Arbeitsbedingungen und ein attraktiverer Beruf, das heißt
58 auch, mehr Lohn. Wir fordern branchenweit allgemein verbindliche Tarifverträge für
59 soziale Berufe. Sollte das trotz laufender Verhandlungen nicht erreicht werden, müssen
60 gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden. So sollte in einem nächste Schritt die soziale
61 Pflegeversicherung dazu verpflichtet werden, nur mit Arbeitgebern Verträge zu
62 schließen, die tariflich bezahlen.
- 63 • Mehr Mitbestimmung: Pflegekräfte brauchen bessere Mitspracherechte im Pflege- und
64 Gesundheitssystem und unmittelbaren Zugang zu pflegepolitischen Prozessen. Deshalb
65 wollen wir Pflegekammern in den Ländern und auf Bundesebene einführen. Zudem soll die
66 Pflege fest in Teams von Krankenhausleitungen verankert werden.
- 67 • Mehr Teilhabe: Die Digitalisierung macht auch vor sozialen Berufen nicht halt. Daher
68 fordern wir bundesweite Förderprogramme für eine flächendeckende Digitalisierung in
69 Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern. Damit soll Pflegekräften mehr Zeit für die
70 Arbeit und den Kontakt mit den Menschen ermöglicht - nicht Personal eingespart werden.
- 71 • Mehr Schutz: Geflüchtete, die in der Pflege arbeiten oder eine entsprechende
72 Ausbildung machen, sollen eine reguläre Aufenthaltsgenehmigung erhalten.
- 73 • Mehr Zeit: Beschäftigte müssen eine gesetzlich garantierte Mitsprache über den Umfang
74 und die Einteilung ihrer Arbeitszeit erhalten, damit die Arbeit gut in ihr Leben
75 passt. Die Regelarbeitszeit wollen wir in sozialen Berufen auf 35 Stunden als neue
76 Vollzeit verkürzen. Zudem sollen Beschäftigte ein Recht auf Arbeitszeitverkürzung
77 bekommen.

78 Beschäftigte in Care-Berufen halten mit Wissen, Kompetenz und Empathie jeden Tag unsere
79 Gesellschaft zusammen. Wir müssen jetzt die Voraussetzungen schaffen, damit Menschen diesem
80 Beruf langfristig mit Freude nachgehen wollen – und können. Dankbarkeit alleine reicht
81 nicht. Gemeinsam kämpfen wir für mehr Anerkennung, höhere Löhne und bessere
82 Arbeitsbedingungen. Who Cares? We do!